

MITTEILUNGEN

DER

WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT

Nr. 12

JUNI 2002



Mitteilungen der Walther Rathenau Gesellschaft
Nr. 11
Herausgeber:
Walther Rathenau Gesellschaft e.V., Frankfurt a. M.
Redaktion:
Martin Sabrow
Leipzig, Juni 2002

Druck:
Druckerei Hensel, Leipzig

Die Mitteilungen der Walther Rathenau Gesellschaft
erscheinen in der AVA – Akademischen Verlagsanstalt Leipzig

(Titelseite)
Walther Rathenau: Rom St. Peter

**MITTEILUNGEN
DER
WALTHER RATHENAU
GESELLSCHAFT**

**Nr. 11
Juni 2002**

INHALT

Heinz Dürr ERÖFFNUNGSREDE ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 30. NOVEMBER 2001	7
W. Michael Blumenthal BEGRÜSSUNG ANLÄSSLICH DER JAHRESTAGUNG DER „WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT“ IM JÜDISCHEN MUSEUM BERLIN	11
Ursula Mader „DIE WIRTSCHAFT IST DAS SCHICKSAL!“ WALTHER RATHENAU ALS REICHSMINISTER 1921 UND 1922	17

BERICHTE

Martin Sabrow DIE WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT IM JAHRE 2001	41
Götz Küster FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 2001	44
Reinhard Schmook SCHLOSS FREIENWALDE IM JAHRE 2001	47

MITGLIEDER	50
TERMINE 2002	52
NEUE VERÖFFENTLICHUNGEN	52

Heinz Dürr

ERÖFFNUNGSREDE ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG

AM 30. NOVEMBER 2001

Zunächst unseren herzlichen Dank an Michael Blumenthal, den Direktor des jüdischen Museums. Wir freuen uns sehr, daß wir heute in diesem beeindruckenden Bau-, oder sollte man besser sagen, in diesem beeindruckenden Kunstwerk zu Gast sein dürfen. Diese Gastfreundlichkeit wird noch dadurch unterstrichen, daß Michael Blumenthal ein guter Kenner des Lebenswerks von Walther Rathenau ist.

Meine Damen und Herren, zu Beginn will ich an Marcus Bierich erinnern, der am 25. November 2000 im Alter von 74 Jahren seiner schweren Krankheit erlegen ist. Er führte die Walther Rathenau Gesellschaft seit dem 29. September 1995. Wir werden ihn und seine Arbeit in dankbarer Erinnerung behalten.

Wir haben eben unsere Mitgliederversammlung abgeschlossen, die alle drei Jahre stattfindet. Die jetzt beginnende Jahrestagung dagegen ist eine öffentliche Veranstaltung, zu der ich unsere Gäste herzlich begrüße. Eine Jahresversammlung soll nach Möglichkeit in jedem Jahr abgehalten werden, um die Auseinandersetzung mit W.R. und seiner Epoche zu fördern. Das führt zu der Frage, was die Ziele der Walther Rathenau Gesellschaft sind.

Ich zitiere dazu aus unserer neuen Satzung:

„Die Gesellschaft stellt sich die Aufgabe, in Anknüpfung an die Tätigkeit der früheren Walther Rathenau Stiftung und der früheren Walther Rathenau Gesellschaft das Andenken an und das Vermächtnis von Walther Rathenau zu pflegen, insbesondere, indem sie eine historisch-kritische Edition seiner Werke und Briefe sowie wissenschaftliche Arbeiten über die von ihm vertretenen Theorien und seine Person fördert und herausgibt, diesem Zweck entsprechende Veranstaltungen durchführt, Stipendien an für würdig befundene Bewerber für solche Arbeiten gewährt, sowie die Einrichtung einer Gedenkstätte und eines Archivs anstrebt.“

Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Publizierung des Gesamtwerkes von Walther Rathenau. Hier liegt seit der Gründung der WRG 1974 das Hauptaugenmerk der Gesellschaft, ebenso wie schon die 1933

aufgelöste Vorgänger-Gesellschaft sich seiner Schriften angenommen hatte. Ich darf sagen, daß wir auf gutem Wege sind, die bisher auf zwei Bände gediehene Edition nun zügig zum Abschluß zu bringen, und kann Ihnen ankündigen, daß der nächste Band „Briefe“ als Doppelband im kommenden Jahr erscheinen wird.

Ein neuer Schwerpunkt ist mit der deutschen Einheit hinzugekommen: Die Rathenau-Gedenkstätte in Schloß Freienwalde – 60 km von Berlin entfernt im Oderbruch. In diesem einstigen Sommersitz Rathenaus ist heute die von uns und dem zuständigen Landkreis Märkisch Oderland gegründete Walther Rathenau-Stiftung Gemeinnützige GmbH tätig. Sie betreut dort neben einer stetig wachsenden Dauerausstellung ein kleines Archiv, das später einmal die Kopie des Moskauer Rathenau-Nachlasses aufnehmen wird, und natürlich die Sammlung Rathenau, die unser Archivar Günter Schilling seit nunmehr dreißig Jahren hingabevoll aufgebaut hat. Sie ist für die Forschung wie für die museale Präsentation von höchstem Wert.

Walther Rathenau hat sehr viel geschrieben über Praktisches, Wirtschaftliches, Philosophisches, Politisches. Das meiste in eigenwilliger denkerischer Höhe. Er war ein begabter Stilist und ein Essayist, der den Ton seiner Zeit manchmal atemberaubend genau traf – wie 1917 mit seiner oft zitierten Schrift „Von Kommenden Dingen“ – aber manchmal auch bestürzend weit verfehlte – wie im Oktober 1918 mit seinem Aufruf zu einer levée en masse zur Verbesserung der kommenden Friedensbedingungen.

Walther Rathenau war ein Seher, und Seher können oft nicht rational und allgemein verständlich beschreiben, „was ist“ – sie bedürfen einer Erklärung oder „Übersetzung“, wie einer seiner Biographen, Peter Berglar, meint.

Mit solchen Übersetzungen wollen wir als Walther Rathenau Gesellschaft unserer Zeit Impulse geben, Debatten und Diskussionen anstoßen. Das geht vielleicht über das hinaus, was die Gründer der ersten Rathenau-Gesellschaft bzw. die Wiederbegründer um Theodor Eschenburg und den Rathenau-Verleger Gotthold Müller sich 1974 vorgenommen haben.

Walther Rathenau war zunächst der Sohn eines berühmten Vaters, ein Wirtschaftsführer, wie man damals sagte, der nicht nur zahllose Mandate, sondern auch große Visionen sein eigen nannte – und sie in die Tat umzusetzen verstand. Walther Rathenau war nicht weniger ein *homme de lettres*, ein philosophischer Publizist, der mit moralischen, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwürfen in der Öffentlichkeit wirken wollte. Er war schließlich – besonders am Ende seines Lebens – Politiker, der erste Staatsmann der jungen Weimarer Republik; vielleicht neben Gustav Stresemann der einzige, den sie überhaupt hatte. Gerade die vielen herausragenden Facetten eines in sich keineswegs widerspruchsfreien Lebens sind es, die die meisten von uns besonders anziehen, in denen sie Vorbilder für die Gegenwart oder Erklärungsschlüssel für die Vergangenheit suchen.

Als Mensch war er gespalten. Auf der einen Seite von hoher Rationalität mit einem scharfen durchdringenden Verstand, einem phänomenalen Gedächtnis, einer bewundernswerten Konzentrationsfähigkeit und einem *common sense*. Aber auf der anderen Seite war Walther Rathenau auch von Gefühlen beherrscht. Er war manchmal fast irrational und dem Mystischen nahe. Er war sich dessen bewußt. Wußte er oder ahnte er, dass die totale Durchrationalisierung der modernen Welt nur durch Rationales, ich bin fast geneigt zu sagen, Unaussprechbares zu ertragen war? Ahnte er etwas von der postsäkularisierten Welt, von der heute unter ganz anderen Weltumständen und besonders unter dem Eindruck der schrecklichen Septemberereignisse 2001 in den USA der Sozialphilosoph Jürgen Habermas spricht?

Mich als Unternehmer fasziniert besonders ein Aspekt des Rathenauischen Denkens: Für ihn war das Wirtschaftsleben ein ethischer Bereich. Er postulierte den moralischen Gemeinschaftscharakter der wirtschaftlichen Welt und schrieb in „Von Kommenden Dingen“: „Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherem Maße die Nation, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit und Menschheit.“ Und dann noch prononcierter: „Der Sinn

aller Erdenwirtschaft ist die Erzeugung idealer Werte. Deshalb ist das Opfer materieller Güte, das sie erfordern, nicht Verbrauchsaufwand, sondern endgültige Erfüllung der Bestimmung. Deshalb scheiden alle echten Werte der Kultur aus der ökonomischen Erwägung; sie sind inkommensurabel mit Gut und Leben, sie sind wertfrei, niemals zu teuer erkaufte, es sei denn im Tausche gegen höhere Idealitäten, sie sind nicht Mittel und Rechnungsgrößen, sondern Wesenheiten aus eigenem Recht.“

Wenn wir solche Sätze hören, dann werden wir bestärkt in einem gewissen Unwohlsein, wie es mit dem Kapitalismus weitergeht, dem heutigen Kapitalismus Wallstreethafter Prägung. Irgendwie ahnen wir, dass da etwas schief gelaufen ist im 20. Jahrhundert und dass sich etwas ändern muss. Und Ereignisse wie der 11. September verstärken diese Ahnungen.

Sind also die „Kommenden Dinge“ eingetreten, die Rathenau zu Beginn des jetzt zu Ende gegangenen Jahrhunderts voraussah? Oder handelt es sich um „vergangene Dinge“, wie Edzard Reuter die Überlegungen provokant überschrieb, die er uns nachher vortragen wird?

W. Michael Blumenthal
BEGRÜSSUNG ANLÄSSLICH DER JAHRESTAGUNG
DER „WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT“
IM JÜDISCHEN MUSEUM BERLIN

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie noch einmal offiziell im Jüdischen Museum willkommen heißen. Ich hoffe, Sie hatten einen interessanten Rundgang durch dieses Museum, das erst vor weniger als 3 Monaten eröffnet wurde, also noch ein sehr neues Museum ist. Einiges haben wir noch zu tun. Aber ich hoffe, Sie haben einen positiven Eindruck gewonnen, wie es der größte Teil unserer Besucher ausgedrückt hat, die seit dem 9. September unser Haus besichtigt haben. Bis zum heutigen Tage sind es (ob Sie es glauben oder nicht) fast 250.000 gewesen.

Wir sind etwas überwältigt von dem Andrang und gleichzeitig natürlich erfreut. Im Moment jedenfalls sind wir eines der meistbesuchten Museen der Bundesrepublik. Ich weiß nicht, ob das so bleiben wird. Vielleicht ist es die Neuheit, die so viele Leute zu uns zieht. Wir sind jedoch besonders erfreut darüber, dass so viele junge Menschen, Schüler und Studenten und auch Familien hierher kommen und auch wiederkommen. Jedes Mal, wenn ich durch die Ausstellung gehe, bemerke ich bzw. werde immer wieder von Besuchern angesprochen, die mir sagen, dass sie schon ein zweites Mal hier sind, weil es so viel zu sehen gibt. Manche sagen sogar, dass wir das Museum zu voll gestopft haben, dass zu viel ausgestellt ist. Auch mit dieser Frage beschäftigen wir uns und werden versuchen, das Museum weiter zu verbessern.

Das Museum hat eine Mission zu erfüllen, dazu haben wir uns verpflichtet. Es zeigt einen Teil deutscher Geschichte, nämlich deutsch-jüdische Geschichte. Deutsch-jüdische Geschichte ist deutsche Geschichte. Wir wollen den Bürgern der Bundesrepublik diese Geschichte zeigen. Zur Zeit kommen etwas 80% der Besucher aus Deutschland,

nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Teilen der Bundesrepublik. Auch viele Ausländer und Touristen kommen hierher. Ihnen wollen wir diese Geschichte zeigen, die viele von ihnen gar nicht oder nur sehr oberflächlich kennen. Eine Geschichte, die ihnen zeigt – ohne sie mit der Nase draufstoßen müssen – dass man deutsche Geschichte ohne die Kenntnis der deutsch-jüdischen Geschichte gar nicht richtig verstehen kann. Ihnen brauche ich dies nicht zu sagen, denn selbstverständlich ist der Name Walther Rathenau in sich selbst ein Stück deutsche Geschichte und ein Stück deutsch-jüdische Geschichte. So ist es mit vielem, das Sie in diesem Museum gesehen haben. Wichtig auch für junge Leute, die zum großen Teil gar keine Juden kennen – denn es gibt ja immer noch sehr wenige in diesem Land – etwas über diese Geschichte zu lernen. Auch etwas über das Judentum selbst zu lernen. Wir haben versucht, in diesem Museum eine Balance zu finden zwischen den geschichtlichen Darstellungen einerseits und dem jüdischen Selbst andererseits. Damit ein Besucher, der keine großen Vorkenntnisse hat, ein gewisses Gefühl dafür bekommt, was die jüdische Religion ist, was es bedeutet hat, ein deutscher Jude zu sein, wie man hier als deutscher Jude gelebt hat, was der Shabbat ist, was koscheres Essen bedeutet und alle diese Dinge, die Ihnen ja vielleicht bekannt sind, aber die doch viele unserer Besucher nicht kennen. Wir versuchen diesen jungen Besuchern auch klar zu machen, wenn sie an Juden denken, dass sie nicht nur an Auschwitz und an die Juden als Opfer denken sollen, sondern auch daran, dass jüdische Bürger viele, viele Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte Einwohner dieses Landes gewesen sind.

Außerdem möchten wir indirekt auch zeigen, dass die Geschichte der Beziehungen zwischen deutschen Juden und Nichtjuden manchmal glorreich, manchmal tragisch war, doch immer auch gewisse Lehren für die Gegenwart und Zukunft beinhaltet. Dass es von einerseits grossem Nutzen und vorteilhaft für jede Gesellschaft ist, wenn sie es fertig bringt, sich so zu organisieren, dass Minderheiten aller Art – ob religiöse, kulturelle oder sprachliche Minderheiten – mit einer Mehrheit gut und harmonisch zusammenleben können und dass andererseits die Gefahr für eine Gesellschaft, die das nicht fertig bringt, sehr sehr groß

ist. Leider liefert gerade die deutsche Geschichte den Beweis dafür. Nicht die Nazizeit, sondern bereits die Zeiten vorher zeigen, dass das ständige Auf und Ab in den Beziehungen zwischen deutschen Juden und Nichtjuden für beide Teile von großem Schaden war.

Wir werden in diesem Museum nicht nur unsere Dauerausstellung weiter verbessern. Es muss etwas Lebendiges sein, darf nie so bleiben, wie es ist, es muss sich immer verändern und verbessern und Neues gezeigt werden. Gleichzeitig sollte es aber auch ein reiches Programm an Wechsausstellungen über besondere Aspekte der deutsch-jüdischen Geschichte zeigen. Eben weil wir uns nicht nur als ein Museum verstehen, sondern als eine breit gefächerte Institution sehen, soll sich hier ein interessantes pädagogisches, wissenschaftliches und kulturelles Programm entfalten. Sie sehen, wir haben sehr schöne Räume, an denen müssen wir auch noch etwas arbeiten. Aber diese Räume sind sehr gut geeignet, um solche Veranstaltungen zu inszenieren. Diese Absicht haben wir absolut und haben damit bereits begonnen. Ich hoffe sehr, dass auch Sie, meine Damen und Herren, ab und zu zu uns kommen werden, mit teilnehmen werden und im allgemeinen an unserem Haus interessiert sind.

Natürlich ist es mir durch den Kopf gegangen, was es bedeutet, dass wir heute die Freude und die Ehre haben, die Mitglieder der „Walther Rathenau Gesellschaft“ in diesen Räumen zu begrüßen. Sie haben vielleicht bei Ihrem Rundgang gesehen, dass über die Familie Rathenau, sowohl Emil als auch Walther, viele Dinge in diesem Museum zu sehen sind. In Vorbereitung auf diese Begrüßung habe ich meine Assistentin gebeten, mir eine Liste von allen Rathenau-Objekten, Dokumenten usw., die in unserer Ausstellung sind zu geben und ich dachte, ich würde vielleicht vier oder fünf Objekte bekommen. Ich habe eine Liste bekommen, die zwei Seiten umfasst. Sie sehen also, wir haben den Namen Rathenau in dieser Ausstellung absolut nicht vernachlässigt. Dies wäre auch an sich sehr unnatürlich und ganz unmöglich gewesen, denn sowohl im industriellen und wirtschaftlichen Bereich durch die AEG (es gibt wohl nichts Deutscheres als die AEG) einerseits und durch den Namen Walther Rathenau und seine Tätigkeit im öffentli-

chen Leben andererseits, gibt es vielleicht den besten Beweis für die Verbindung zwischen deutscher Geschichte und deutsch-jüdischer Geschichte.

Walther Rathenau ist, und Sie kennen seine Geschichte wahrscheinlich besser als ich, was ich darüber gelesen habe und soweit ich es verstehe, in gewisser Weise fast ein Symbol für das Verhältnis zwischen deutschen Juden und Nichtjuden in früheren Zeiten. Ein Symbol im positiven wie im negativen Sinne, im guten wie im tragischen Sinne, denn wenn ich über Walther Rathenau nachdenke, so komme ich immer wieder zu der Erkenntnis, dass er an sich eine tragische Figur ist. Nicht nur weil er so kurz nach seinem Amtsantritt ermordet wurde, sondern weil er sein ganzes Leben unter den Schwierigkeiten, in diesem Lande ein Deutscher und Jude gleichzeitig zu sein – und als solcher nicht hundertprozentig akzeptiert zu werden – schwer gelitten hat und psychisch dadurch sehr belastet war. In der Person von Walther Rathenau sehe ich (und ich habe dies auch in meinem Buch kurz erwähnt) alle oder viele Anzeichen der psychologischen Situation der assimilierten deutschen Juden, und Walther Rathenau war in hohem Masse ein assimilierter deutscher Jude. Einerseits bewusst Jude, hat er sich nicht taufen lassen, wie es einige getan haben. Ein Großteil der deutschen Juden, auch wenn sie sich noch so deutsch fühlten, noch so abseits von ihrer Religion standen (viele waren überhaupt nicht mehr religiös), diesen letzten, irgendwie nicht ehrenhaften Schritt sind sie nicht gegangen. Auch Walther Rathenau hat das nicht getan. Als junger Mensch hat er versucht, in ein Elite-Regiment aufgenommen zu werden und ist abgelehnt worden, weil er ein ungetaufter Jude war und wurde dann irgendwo Unteroffizier in einem weniger prestigereichen Regiment, was ihm für lange Zeit sehr weh getan hat. In vieler Beziehung hat er sogar als junger Mensch die Vorurteile der Nichtjuden über die Juden selbst angenommen und projiziert und einige Dinge geschrieben, die ihm später wahrscheinlich sehr leid getan haben, da sie fast antisemitisch klangen. Auch das war seinerzeit nicht ungewöhnlich. Ich erinnere mich auch, dass es in meiner Familie Redewendungen und Gedankengänge gab, die sehr deutsch und gar nicht jüdisch waren, die, wenn ich sie mir jetzt durch den Kopf gehen lasse,

ein gewisses antisemitisches Element beinhalteten (es war nicht so gemeint, meine Eltern waren keine Antisemiten – Gott behüte!), aber sie haben doch einige dieser Vorurteile selbst mit angenommen, auch weil sie sie immer wieder gehört haben. Später ist Walther Rathenau, wie viele deutsche Juden in der Geschichte, zu der Einsicht gekommen, dass er mit Recht stolz sein kann, sowohl Deutscher als auch Jude zu sein. Dass Jude sein etwas Wunderbares mit sich bringt, mit allen Schwierigkeiten, die es früher in diesem Land und in fast allen Ländern gab. Zu dieser Einsicht ist er später gekommen, als Staatsmann, als Patriot in einer Zeit, in der es in Deutschland nicht so viele große Staatsmänner gab. Wenn ich mir die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert bis in die Weimarer Republik ansehe, dann bemerke ich, dass es nicht allzu viele Staatsmänner von großem Format gab. Natürlich gab es Bismarck, vielleicht auch Stresemann, Rathenau war zu kurz im Amt, danach wurde es schon ein bisschen knapp. Ich glaube nicht, dass man den traurigen Wilhelm II. als einen großen Staatsmann anerkennen konnte. Es gab nicht viele, aber Rathenau war einer von ihnen, der im 1. Weltkrieg Enormes geleistet hat. Und der Dank dafür war, dass man ihn verdächtigt hat, weil er ein Jude war und er als tragische Figur selbst das Gefühl hatte und in späteren Jahren dann dafür mit seinem Leben bezahlt hat.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich eingeladen haben, ein Mitglied Ihrer Gesellschaft zu werden. Sie wollen, so nehme ich an, die Tradition und das wofür Walther Rathenau damals stand, durch Ihre Gesellschaft fortführen. Denn da gibt es immer Lehren, die für die Gegenwart und für die Zukunft relevant sind. Dies ist der letzte Punkt, den ich gerne ansprechen möchte. Dieses Museum soll nicht nur ein Museum sein, das sich mit der deutsch-jüdischen Geschichte befasst, sondern soll auch zum Nachdenken darüber anregen, was das alles für dieses Land und diese Welt – denn die Bundesrepublik ist ja ein Teil der Europäischen Union, und die EU ist wiederum mit einer globalen Welt eng verbunden – bedeuten kann. Es soll zeigen, wie wichtig es ist in dieser immer kleiner, enger werdenden Welt, bedingt durch die Technik, Lehren für unser Zusammenleben im 21. Jahrhundert zu schöpfen und wie

wichtig es ist, den Mut zu haben, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, sie rechtzeitig so zu sehen, wie sie sind, und den Mut zu haben zu handeln und die Zivilcourage zu haben, das auszusprechen, was manchmal nicht als politisch korrekt angesehen wird. Ich glaube, all das ist in der Figur von Walther Rathenau irgendwie vorhanden. Das ist genau das, was wir in unserem Museum den Besuchern zu vermitteln hoffen, gleichviel, ob es Schüler aus der Oberschule, Studenten oder andere Bürger sind.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihren Besuch und freue mich, dass Sie unser Museum für Ihre Zusammenkunft heute ausgewählt haben. Wir haben parallele Interessen, wir machen jeder unsere Arbeit. Aber in gewisser Beziehung glaube ich, ziehen wir am selben Strang und ich hoffe auch in Zukunft auf gute gegenseitige Zusammenarbeit.

Ursula Mader

„DIE WIRTSCHAFT IST DAS SCHICKSAL!“

WALTHER RATHENAU ALS REICHSMINISTER 1921 UND 1922

Das Wort Rathenaus von der unvermeidlichen Bestimmung der Wirtschaft war im September 1921 an deutsche Wirtschaftsführer gerichtet¹, doch betraf es von der Sache her ebenso die wirtschaftliche Lage in Europa allgemein. So betrachtet, erhält jener Ausspruch umfassende Bedeutung für die gesamte Ministertätigkeit² des Politikers und Staatsmannes. Auf dem Feld, dem er sich zuwandte, traf er auf deutsche wie auf europäische Wirtschaftsfragen im Gefolge des Ersten Weltkrieges. Hier hatte er sich mit den finanziellen Konsequenzen der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches, den entsprechenden Bedingungen des Versailler Vertrages von 1919 und mit den wirtschaftlichen Kriegsfolgen in Europa zu befassen.³ Im Folgenden stehen die Reparationsfragen als die zwingend vorrangigen Aufgaben des Ministers Rathenau im Vordergrund und ich skizziere sein Wirken in den Jahren 1921 und 1922 unter diesem einheitlichen Aspekt.

Mit dem Versailler Abkommen war das Deutsche Reich vertraglich verpflichtet, Wiedergutmachung („Reparationen“) für die entstandenen Kriegsschäden zu leisten⁴, und nach mehreren Beratungen seit 1919

¹ Rede Rathenaus vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 28. September 1921 in München, in: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Oktober 1921; ferner: Walther Rathenau. Reden, Berlin 1924. Vgl. auch die Neuauflage durch Ernst Schulin (o.J., o.O.) mit interpretierendem Vorwort.

² Rathenau war vom 18. Mai bis 22. Oktober 1921 als Reichsminister für Wiederaufbau und vom 31. Januar bis 24. Juni (dem Tag seiner Ermordung) 1922 als Reichsminister des Auswärtigen tätig.

³ Zum Wirken Rathenaus seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages (1919) siehe: Ernst Schulin, Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit, Göttingen/Zürich 1992 (2. verbesserte Auflage), S. 93 ff.

⁴ Zum Komplex der Reparationsfrage vgl. Hugo Ferdinand Simon, Reparation und Wiederaufbau, Berlin 1925. – Simon (geb. 1877) war 1921 persönlicher Mitarbeiter des Reichsministers Rathenau, dann Reisebegleiter nach London, Paris und Cannes, ab April 1922 Vortragender Legationsrat und ab September 1922 Leiter des Repa-

hatte der Oberste Rat der Alliierten während seiner Londoner Konferenz⁵ im Frühjahr 1921 die Gesamtsumme bestimmt: 132 Milliarden Goldmark.⁶ Die amtierende deutsche Regierung⁷ unter Konstantin Fehrenbach (Zentrum) war daraufhin zurückgetreten. Am 5. Mai 1921 forderten die Alliierten mit dem „Londoner Ultimatum“ nicht nur die umgehende Anerkennung der festgesetzten Reparationssumme, sondern drohten bei Nichtanerkennung einschneidende Maßregelungen wie die militärische Besetzung des Ruhrgebietes⁸ an.

Die am 10. Mai nachfolgende Reichsregierung⁹ unter Joseph Wirth (Zentrum) entschied sich für die Annahme des Ultimatus und respektierte somit – ohne sich auf die Frage der Kriegsschuld einzulassen – den Versailler Vertrag als gegebenes, aus der militärischen Niederlage resultierendes Faktum. Gleichwohl mühte sich die Regierung Wirth ebenso um entlastende internationale Vereinbarungen wie um eine wirtschaftspolitische Aktion im Deutschen Reich zur Unterstützung ihres Programms. Das Schwergewicht für die zu erbringenden Reparationsleistungen wurde darauf verlagert, einen Teil der in Goldwährung verlangten Zahlungen in Sachlieferungen¹⁰ umzuwandeln. Unter diesen Vorzeichen trat Rathenau (Deutsche Demokratische Partei) am 18. Mai als Reichsminister für Wiederaufbau¹¹ in das Kabinett Wirth ein. „Wir müssen Wege suchen, uns mit der Welt wieder zusam-

rationsreferates im Auswärtigen Amt; 1924 durch den Reichspräsidenten neben Arnold Brecht und Edwin Redslob in den Vorstand der Walther-Rathenau-Stiftung beim Reichsministerium des Innern berufen, 1927 Mitbegründer der Walther Rathenau Gesellschaft, ab März 1927 deutscher Generalkonsul in Chicago, im September 1933 außer Dienst.

⁵ Zweite Konferenz der Alliierten in London vom 28. April bis 5. Mai 1921.

⁶ Zahlbar in 37 Jahresraten, zuzüglich einer Ausfuhrabgabe von 26 Prozent.

⁷ An der Regierung waren die Deutsche Zentrumspartei, DVP und DDP beteiligt.

⁸ Am 8. März 1921 waren die Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bereits von den Alliierten militärisch besetzt worden.

⁹ Am 10. Mai 1921 als Regierung der „Weimarer Koalition“ von Zentrum, SPD und DDP gebildet.

¹⁰ Rohstoffe, Fertigprodukte und andere Güter.

¹¹ Das Reichsministerium für Wiederaufbau (November 1919 – Mai 1924) war für Aufgaben in Verbindung mit dem Versailler Vertrag, vor allem für Reparationsangelegenheiten, zuständig.

menzubringen“¹², sagte er am 2. Juni 1921 im Deutschen Reichstag. Er hatte seine Wirtschaftsfunktionen, zumal im Bereich der AEG, sämtlich niedergelegt, erklärte jedoch, als Minister „seinen Aufgabenkreis so unpolitisch zu behandeln wie möglich, vielmehr privatwirtschaftlich und industriell“¹³.

Der Minister verfügte über mehr als dreißigjährige Erfahrungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Er war als Industrieller und Bankier tätig gewesen, hatte Funktionen in zahlreichen Aufsichtsräten¹⁴ ausgeübt und seit 1915 als Präsident der AEG gewirkt. Seit Beginn des Krieges hatte er von Mitte August 1914 bis Ende März 1915 im Preußischen Kriegsministerium die Rohstoffversorgung für die Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches organisiert. „Der Gedanke, eine organisatorische Kraft zu gewinnen, die im Kriege in Organisationsformen sich bewährt hat, war das Leitmotiv, diesen Mann für die Reichsregierung zu gewinnen“¹⁵, sagte der Reichskanzler. Rathenau war demnach als Wirtschaftsorganisator gefragt. Und in der Tat strebte die Reichsregierung nach einer nationalen Wirtschaftsorganisation, um die harten Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen („Erfüllungspolitik“) und zugleich die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches zu stärken. Diese Absicht ließ Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt (SPD) vor dem Reichswirtschaftsrat¹⁶ am 9. Juni 1921 anklingen. Er verlangte nach staatlichen Beteiligungen an volkswirtschaftlichen Realwerten in der Form, daß ein Teil des Aktienbesitzes der Industrie in staat-

¹² Rathenau. Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 200.

¹³ Ebenda, S. 199

¹⁴ Nach schriftlicher Aufstellung seines Sekretärs Hugo Geitner bekleidete R. im Laufe seiner Tätigkeit etwa 100 Aufsichtsratsstellen, 1913/14 mit 84 die höchste Anzahl gleichzeitig. (BA Berlin, RMI, 25244, Bl. 273).

¹⁵ Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925.

¹⁶ Als „Vorläufiger Reichswirtschaftsrat“ von der Regierung Bauer im August 1919 initiiert, am 4. Mai 1920 durch gesetzliche Verordnung installiert. Mitglieder u.a. die Industriellen Walther Rathenau, Hugo Stinnes, Carl Duisberg, Robert Bosch, Carl Friedrich v. Siemens, Walter Kraemer (RDI), die Politiker Konrad Adenauer, Wilhelm Külz Hans Luther, Wilhelm Cuno. Als Vertreter der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften z. B. Karl Kautsky, Rudolf Hilferding, Robert Wissell, Max Cohen.

liche Hände übergehe¹⁷. Rathenaus Vorschläge hingegen hielten strikt am eigentlichen Zweck – den Reparationsleistungen – fest und bezogen sich unter diesem Aspekt auf eine allgemeine eigenverantwortliche, doch staatlich geordnete Wirtschaftsorganisation.

Am 16. Juni 1921 sprach Rathenau in der 1. Sitzung des Reparationsausschusses¹⁸ im Reichswirtschaftsrat. Er betonte den Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Ziel, geforderte Barleistungen aus Reparationsverpflichtungen in Sachleistungen umzuwandeln, mit dem innenpolitischen Ziel einer Konzentration der Wirtschaft. Sein Appell richtete sich an die Mitglieder des Ausschusses, die Reparationspolitik der Regierung zu unterstützen. „Gelingt es uns, die Lösung zu finden und die außerordentlichen Lasten des Ultimatums für uns einigermaßen dadurch tragbar zu machen, dass wir sie in Sach- und Arbeitsleistungen¹⁹ verwandeln, so liegt aber nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konkurrentialwirtschaft vor, sondern dann liegt zu ersten Male eine Aufgabe einer großen Nationalwirtschaft vor, und diese Aufgabe kann dann gelöst werden, wenn die Kreise, die Sie vertreten, meine Herren, wenn Sie selbst entschlossen sind, im nationalen Sinn energisch daran mitzuarbeiten.“²⁰ In Zusammenwirken mit dem Reichswirtschaftsministerium entstand unter Rathenaus Einfluss ein Gesetzesentwurf für industriell zu organisierende Wirtschaftsverbände²¹ unter staatlicher Aufsicht zur Lieferung von Rohstoffen (zumal Kohle), Industrie- und Landwirtschaftsprodukten für den Wiederaufbau in Frank-

¹⁷ BA Berlin, R 401/ 608 (Vorläufiger Reichswirtschaftsrat), Bl. 9-32.

¹⁸ Der Reparationsausschuss wurde nach Annahme des Londoner Ultimatums durch die Regierung Wirth zum Zwecke der Beratung von Regierungsmaßnahmen bei der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gebildet. Er umfasste derzeit 54 Mitglieder und war paritätisch zusammengesetzt aus Unternehmern und Vertretern der Gewerkschaften.

¹⁹ Rathenau hatte schon 1919 dem damaligen Finanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) vorgeschlagen, die Reparationsverpflichtungen des Deutschen Reiches, insbesondere gegenüber Frankreich, nicht mit Geld, sondern mit Waren und dem Einsatz eines deutschen „Arbeitsheeres“ zu erfüllen. Vgl. Walther Rathenau, Briefe, Bd. 2, Berlin 1921, S. 167 ff.

²⁰ BA Berlin, R 401/ 611 (Vorläufiger Reichswirtschaftsrat), Bl. 133.

²¹ Leistungs- u. Lieferverbände (BA Berlin, R 3101/ 14558, Bl. 207, 212, 230).

reich und Belgien bei Kontrolle durch die alliierte Reparationskommission²². Die deutsche Industrie wie die Wirtschaft insgesamt sollten bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht werden. Rathenau hatte bereits am 12. und 13. Juni 1921 in Wiesbaden erste Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister Louis Loucheur, ebenfalls Industrieller und Wirtschaftsfachmann, aufgenommen. Die französische Regierung Briand zeigte im Frühsommer 1921 – anders als ihre Vorgängerinnen – Verständigungsbereitschaft im Hinblick auf die deutschen Reparationsleistungen. Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die riesigen kriegszerstörten französischen Gebiete, die katastrophale Lage der Kriegsgeschädigten drängten, nach Wegen für den Wiederaufbau des Landes zu suchen. Also verhandelten die beiden Minister in Wiesbaden. „Wir saßen allein in einem Zimmer einander gegenüber wie zwei Geschäftsleute; auch der Dolmetscher, den ein hiesiges Blatt mir zugesellt hatte, um mich zu schützen, ist nicht zugegen gewesen“, berichtete Rathenau am 16. Juni vor dem Reparationsausschuss und beschrieb seinen französischen Partner als einen Mann, „der allerdings genau weiß, wie groß und wie weit seine Rechte sind, die sein Land uns gegenüber besitzt, und der nicht die Absicht hat, von diesen Rechten irgend etwas aufzugeben.“²³ Daß die Rechte der Sieger auf dem Versailler Vertrag beruhten und dieser wiederum die Folge des militärisch verlorenen Weltkrieges darstellte, gab Rathenau wiederholt zu bedenken, wenn er auf die Pflicht zur Wiedergutmachung verwies, so auch am 27. Juli 1921 vor dem Reparationsausschuss im Reichswirtschaftsrat. „Wir dürfen niemals vergessen, dass die Leistungen, zu denen wir uns verpflichten, nicht freiwillige Leistungen des Einzelnen sind, sondern Leistungen, die aus einem schweren Friedensdiktat herrühren, dass jede dieser Leistungen

²² Sitz in Paris. Mitglieder je ein Vertreter für Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien, Jugoslawien. Aufgaben: Ermittlung der deutschen Reparationsschuld, Aufstellung des Zahlungsplanes, Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Verwaltung und Verteilung der eingehenden Reparationszahlungen. Die USA als Nichtunterzeichner des Versailler Vertrages waren durch zwei inoffizielle Beobachter ohne Stimmrecht vertreten.

²³ BA Berlin, Reichswirtschaftsrat. Reparationsausschuss, Bd. 611, Bl. 131f.

aus den Einkünften des Deutschen Reiches gezahlt wird, die es von seinen Steuerzahlern empfängt. Wir haben also nicht das Recht, diese Aufträge als privatwirtschaftliche zu betrachten, sondern wir haben den Gedanken anzuerkennen, dass eine Leistung, die von der Allgemeinheit bezahlt wird, auch von der Allgemeinheit getragen werden muss.“²⁴

Es galt nun, in erster Linie die deutschen Industriellen verantwortlich in die Reparationen einzubeziehen, wobei sich deren Interessenlage wegen der einschneidenden Versailler Bestimmungen für die Schwerindustrie und die damit eingeführte Zwangsbewirtschaftung des deutschen Kohlenexports äußerst differenziert darstellte. Eine allgemeine nationale Wirtschaftsaktion zum Zwecke der Erfüllungspolitik war deshalb von industrieller Seite nicht ohne weiteres zu erwarten. So wandte sich Rathenau am 27. September 1921 sehr nachdrücklich mit einer großen Rede an die unter dem Thema „Die Wiedergutmachung“ in München versammelten Mitglieder des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Er betonte die Möglichkeiten industriellen Wachstums: „Industrie bedeutet Steigerung der menschlichen Leistungen zum Zwecke ökonomischen Wirkens. Dieses Gebiet ist ein unerschöpfliches. Eine theoretische Grenze für die Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeit und wirtschaftlichen Wirkens gibt es nicht.“²⁵ Der Minister setzte darauf, daß auf der Grundlage erbrachter deutscher Lieferungen an Frankreich und Belgien die Reparationsverpflichtungen gemildert sowie auf dem Wege von internationalen Verhandlungen schließlich revidiert werden könnten. „Denn,“ so sagte er den in München Versammelten, „die restlose Erfüllung dessen, was der Vertrag von Versailles und das Ultimatum von London verlangen, würde die Weltwirtschaft noch tiefer schädigen als uns. Die Weltwirtschaft wird eines Tages das non possumus aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben.“²⁶

²⁴ BA Berlin, R 401/608, Bl..261.

²⁵ Die deutsche Industrie u. die Wiedergutmachungsfrage. Bericht über die dritte Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (München, 27.-29. September 1921). Berlin 1921, S. 12.

²⁶ Ebenda, S. 14.

Die Erde als untrennbare Wirtschaftsgemeinschaft betrachtend, hatte sich Rathenau folgerichtig von einer deutschnational abenteuerlichen „Katastrophenpolitik“ ferngehalten. Nicht die Provozierung der Siegermächte, sondern das Streben nach Wiederaufbau der zerrütteten europäischen Wirtschaft bestimmten sein Handeln zur Erfüllung der Versailler Vertragsbestimmungen. Hatte er als Publizist und „sozialkritischer Schriftsteller“ (Schulin) vor dem Weltkrieg warnend den unzureichenden Zustand deutscher militärischer Rüstung kritisiert und dann mit Kriegsbeginn die zentrale staatliche Organisation von Kriegsrohstoffen erfolgreich eingeleitet, unterbreitete er bereits nach diesen Erfahrungen noch während des Krieges erste Prinzipien für eine deutsche, zentralstaatlich organisierte Friedenswirtschaft, um schließlich das dementsprechende Modell einer „Neuen Wirtschaft“ (1918) vorzustellen. Von dieser Grundlage aus führte er mit dem Entwurf einer „Autonomen Wirtschaft“ (1919) zur Eigenverantwortlichkeit eines im Staatsganzen funktionierenden „Wirtschaftsstaates“, als den er nun den im Entstehen begriffenen Reichswirtschaftsrat favorisierte. Auch dort kam in seinen Reden „die Doppelheit seiner beiden Berufe“ als Wirtschaftsorganisator und als Schriftsteller glänzend zum Ausdruck. Aber von deutschnationaler Seite wurden seine wirtschaftsorganisatorischen Bestrebungen ebenso wie seine Aktivitäten in Verhandlungen um europäische Übereinkünfte²⁷ heftig angegriffen.²⁸ Nunmehr hoffte Rathenau auf Verständnis und Unterstützung durch den Reichsverband der Deutschen Industrie, der dem Reichskanzler Mitte September 1921 mit dem Plan eines Industriekredits für das Reich eine eigene Variante zur Erfüllung der geforderten Reparationen unterbreitet hatte und eine „Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe“ vorsah. Rathenaus Plan hingegen führte weiter und verlangte nach einer nationalen wirtschaftlichen Leistungssteigerung, nach wirtschaftlicher Verständigung in Europa in Gegensatz zu den von Raymond Poincaré vertretenen fran-

²⁷ Die USA, die am 25. August 1921 in Berlin den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag unterzeichnet hatten, hielten sich aus der europäischen Reparationspolitik noch weitgehend heraus.

²⁸ Als einer der politischen Gegner Rathenaus trat Jakob Reichert (DNVP), Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, hervor.

zösischen Auffassungen, die von einer Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln ausgingen und die alten Kriegsziele verfolgten.

„Über die Bedeutung der wirtschaftlichen Aufgaben vor Ihnen zu sprechen, heißt Eulen nach Athen tragen“, wandte sich Rathenau an die in München versammelten Industriellen. „Aber ich möchte Sie erinnern an einen kleinen Vorgang, der in einem großen Augenblick stattgefunden hat, vor ziemlich genau 113 Jahren. Am 2. Oktober 1808 fand eine Besprechung der beiden größten Menschen ihrer Zeit, nämlich Napoleons und Goethes, in Erfurt statt. Die beiden Männer sprachen über Dramatik. Es war die Rede von Schicksalsdramen, die damals aufgekomen waren, und Napoleon sagte: ‚Was will man immer vom Schicksal? Politik ist das Schicksal!‘ – Dieses große Wort ist hundert Jahre lang wahr geblieben; es ist in den letzten Jahren der Kriegsentscheidung auf seinen Gipfel gestiegen, und es lastet mit seiner ganzen Schwere auf uns. Aber, meine Herren, auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, dass die Politik nicht das Letzte entscheidet.“²⁹

Es ist ersichtlich, dass Rathenau die Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft zugunsten einer wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems nutzen wollte. Doch in München erzielte er keinen Durchbruch bei den versammelten deutschen Industriellen, die statt dessen das Verlangen nach Privatisierung der Reichsbahn und anderem Staatseigentum vorbrachten. Rathenau setzte nun auf europäische wirtschaftliche Vereinbarungen, wie er sie mit der Regierung Frankreichs, dem am meisten kriegszerstörten, aber militärisch noch hochgerüsteten Land, herbeizuführen suchte. In der Folgezeit bestimmte die Reparationsfrage die weiteren Treffen zwischen Rathenau und Loucheur in Wiesbaden. Das dort am 6. Oktober 1921 und für die Dauer von vier Jahren mit Sachlieferungen im Wert von ca. sieben Milliarden Goldmark unterzeichnete Protokoll war ein weitgehendes

²⁹ Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage, S. 20.

Zugeständnis an die französische Seite und entlastete im Gegenzug Deutschland für diesen Zeitraum von Devisenzahlungen an Frankreich. Dort stieß das Abkommen auf Vorbehalte, weil sowohl die finanziellen Maximalansprüche Frankreichs als auch „die Reparationsfrage als ‚Handhabe‘ zur Wiederaufnahme der Politik der Rheingrenze entwertet“³⁰ würden. Andererseits kamen Proteste gegen das „Wiesbadener Abkommen“³¹, das indes noch vom Reichstag zu ratifizieren war, auch von solchen Vertretern deutschen Kapitals, die sich 1921 angesichts der Krise in der Weltwirtschaft von einer zeitweiligen Konjunktur in Deutschland beeindruckt ließen und ohne Rücksicht auf die staatliche Notsituation ihren Sonderinteressen nachgingen. Rathenau hingegen hatte bereits die zeitliche Begrenztheit dieser Konjunktur erkannt und blickte weiter. Doch rigoros wandte sich Hugo Stinnes, Vertreter der von den Versailler Vertragsbestimmungen hoch belasteten rheinischen Schwerindustrie, gegen die Ergebnisse von Wiesbaden.³²

In dem Protokoll von Wiesbaden aber sah der Minister Rathenau „die Perspektive für künftig mögliche Abwicklungen“ und hob hervor: „Es ist nicht ein rein kaufmännisches Geschäft, sondern es ist ein politisches Geschäft der Abwicklung, und es muss betrachtet werden als ein Glied in einer großen kommenden Kette. Hier handelt es sich darum, für die Zukunft den Weg zu ebnen, der uns aus unserer entsetzlichen Lage herausführt. Hier handelt es sich darum, den Weg zu finden, der auch noch mit weiteren Nationen zum Ausgleich der Sachwerte führt.“³³ Er erwähnte ausdrücklich mögliche Vereinbarungen mit Russland. Doch nach wie vor richteten sich deutschnational und „völkisch“ gesteuerte Aktionen gegen die „Erfüllungspolitik“ wie gegen den Versailler Vertrag schlechthin. So war am 26. August 1921 der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, 1918 Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission und 1919 Befürworter des Vertrages von Versailles,

³⁰ Simon, S. 121

³¹ „Das Abkommen fand erst am 6. Juli 1922 die endgültige Zustimmung des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer.“ (Simon, S. 130).

³² Vgl. bei Schulin, S. 115 (Stinnes am 19. Oktober 1921 an Rathenau).

³³ BA Berlin, R 401/613, Bl. 68 (Rathenau am 9. November 1921 zum Thema „Das Wiesbadener Abkommen“ vor dem Reparationsausschuss).

von militanten Nationalisten ermordet worden. Als dann am 20. Oktober der Völkerbundsrat – entgegen den Versailler Vertragsbestimmungen – die Abtretung eines Teils von Oberschlesien mit 900 000 Einwohnern und wichtigen Bodenschätzen (Kohle, Eisenerz und Zink) an die junge Republik Polen festlegte, erhielten nationalistische Verbände Auftrieb. In Schlesien verbreiteten Freikorpsleute mit Hassgesängen eine antisemitische Hetze gegen Rathenau und drohten ihm und Reichskanzler Wirth die Ermordung an. Zudem wurde in der deutschen Öffentlichkeit die erzwungene Abtretung als internationale Maßregelung aufgefasst, für die Rathenau wegen seiner separaten deutsch-französischen Verhandlungen in Wiesbaden die Schuld zugeschoben wurde. Aus Protest gegen die Völkerbundsentscheidung rief die DDP ihre Minister aus der Regierung Wirth ab. Damit endete die erste Minister­tätigkeit Rathenaus, der sich der Fraktionsdisziplin beugte und ebenfalls zurücktrat. In das ohne die DDP gebildete 2. Kabinett Wirth (26. Oktober 1921) trat er nicht wieder ein, führte aber in Anbetracht deutscher Zahlungsschwierigkeiten weiterhin Verhandlungen zur Reparationsfrage, nunmehr wegen internationaler Kredite an das Deutsche Reich. Gegenüber dem Prinzip von Sachleistungen drängte sich nun die Frage internationaler Anleihen an das Deutsche Reich in den Vordergrund. Vom Plan einer nationalen Wirtschaftsorganisation zum Zwecke einer Produktionssteigerung im Zeichen der „Erfüllungspolitik“ hatte er sich gelöst. Dazu erklärte er im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates am 9. November 1921: „Die Zeit ist nicht danach – das bedaure ich sehr –, dass es möglich wäre, durch eine gesamte Zusammenfassung unserer Wirtschaft, wie ich dies in theoretischen Schriften vielfach dargelegt habe, unsere Produktion erheblich zu steigern. Theoretisch lässt sich unsere Produktion ganz gewaltig steigern. Aber ich verstehe vollkommen, dass wir unter den heutigen Verhältnissen in ein Land, das vielfach gespalten ist, nicht noch einen neuen Konflikt hineinbringen können durch die Frage der Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftswesens. Diese Umgestaltung wird kommen im Verlaufe von einem oder zwei Menschenaltern; sie lässt sich jedoch im Augenblick nicht durch Gesetzgebung, nicht durch Gewalt herbeiführen. Infolgedessen müssen wir auf diese Möglich-

keit der grundsätzlichen erheblichen Vergrößerung unserer Produktion im Augenblick leider Verzicht leisten. Es bleibt somit nur die Möglichkeit, dass wir von den Erzeugnissen, die wir produzieren, einen gewissen Teil der Entente zur Verfügung stellen, das heißt also, dass wir Sachleistungen machen.“³⁴ Am Prinzip der „Erfüllungspolitik“ hielt er demnach fest. Vor dem gleichen Gremium gefragt, ob er mit seinem Rücktritt als Minister der Parteidisziplin der DDP gefolgt sei, antwortete Rathenau: „Es ist tatsächlich so: ich habe mich dieser Parteidisziplin gefügt. Ich hätte es vielleicht nicht in dem Umfange getan, wenn ich nicht geglaubt hätte, dass inzwischen auch gewisse Stimmungswechsel in der deutschen Industrie entstanden sind, die ich für gefährlich halte. Derjenige, der heute ein Ministerium führt, muss sich auf irgend etwas stützen können; entweder auf eine starke Partei oder eine starke Erwerbsgruppe, am besten auf beides. Wenn er sich auf eine Erwerbsgruppe nicht mehr stützen kann, so muss er sich auf eine Partei stützen; wenn er sich auf eine Partei nicht mehr stützen kann, so muss er sich auf eine Erwerbsgruppe stützen. Aber es geht nicht, dass er weiter arbeitet, wenn er beides verliert.“³⁵

Die persönliche Weiterarbeit Rathenaus, besonders in Bezug auf England, galt nun einer Gesamtlösung der Reparationsfrage in Verbindung mit dem europäischen wirtschaftlichen Aufbau allgemein, Russland eingeschlossen. „Mit seiner umfassenden Kenntnis der deutschen, europäischen und weltwirtschaftlichen Probleme, seinem uneingeschränkten internationalen Ansehen und seinen vielfältigen Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten des Auslandes, mit seiner ungewöhnlichen Kraft, die Gedanken zu leiten und zu überzeugen und nicht zuletzt mit seinen gewinnenden persönlichen Formen gelang es ihm zunächst in England, bei den leitenden Persönlichkeiten die Stimmen der Vernunft wachzurufen und die ersten Fäden wieder anzuknüpfen“³⁶, berichtete Hugo Ferdinand Simon, Rathenaus Reisebegleiter.

³⁴ Ebenda, Bl. 57 f.

³⁵ Ebenda, Bl. 159.

³⁶ Simon, S. 117.

Während die seit Mitte 1920 von der fortschreitenden Inflation betroffene deutsche Währung einen rapiden Absturz erfuhr und sich innenpolitisch zur sozialen Krise ausweitete, bemühte sich Rathenau in Konsultation mit englischen Regierungsmitgliedern weiterhin um Kredit bzw. eine Anleihe für das Deutsche Reich und traf auf die verschiedenen international divergierenden Interessen der Alliierten. In London wurden nunmehr Überlegungen um ein Wiederaufbausyndikat für Sowjetrußland angestellt und der russische Vorschlag für eine europäische Wirtschaftskonferenz aufgegriffen. Bei englisch-französischen Gesprächen am 18. Dezember in Chequers war, wie Simon berichtet, die Auffassung offenkundig geworden, „dass nur eine ‚Gesamtlösung‘ sowohl nach der territorialen wie nach der materiellen Seite Europa zu helfen vermochte. West- und Mitteleuropa sollten sich mit Rußland zu einer großen Aufbau-A.-G. zusammenfinden, wobei der Westen vorwiegend den Kredit, Deutschland im wesentlichen seine Erfahrung auf dem östlichen Markt und Rußland die Arbeitsstätte zur Verfügung stellen sollte. Dadurch sollte die Produktion in Europa gehoben und die Kaufkraft, insbesondere auch in Mitteleuropa, wieder entwickelt werden. Deutschland sollte gleichzeitig Gelegenheit gegeben werden, aus den gewonnenen Mitteln seine Währung zu stabilisieren ... Aus dieser großen Konzeption heraus wurde der Entschluss zur Zusammenkunft in Cannes gefunden, wo die Brücke zu einem gesamteuropäischen Wirtschaftskongress gesucht werden sollte. Zu diesem Kongress sollten, wenn irgend möglich, Rußland und die Vereinigten Staaten hinzugezogen werden.“³⁷

Nachdem am 6. Januar 1922 der Oberste Rat der Alliierten im französischen Cannes zur Vorbereitung einer europäischen Wirtschaftskonferenz zusammengetreten war, traf Rathenau als Leiter einer deutschen Delegation am 11. Januar dort ein, um am darauffolgenden Tag mit einer großen Rede³⁸ die finanzielle Lage des Deutschen Reiches und seine Zahlungsschwierigkeiten darzustellen. Er forderte eine Beteiligung Deutschlands am wirtschaftlichen Aufbau Europas, beson-

³⁷ Ebenda, S. 119.

³⁸ Vgl. Rathenau. Gesammelte Reden, Berlin 1924.

ders an der Wiederherstellung der Wirtschaft in Ost- und Zentral-europa. Doch erhielt sein Auftritt eine dramatische Wende: Die zu internationalen Verständigungen bereite französische Regierung unter Aristide Briand wurde gestürzt. Die Konferenz in Cannes musste am 13. Januar abgebrochen werden.

Ein kritischer Wendepunkt für die europäische Aufbauarbeit wie für die Reparationsfrage trat ein, als am 15. Januar 1922 der Konservative Raymond Poincaré die Regierungsgeschäfte in Frankreich übernahm. Er leitete eine andere Periode französischer Regierungspolitik ein, nämlich die Fortsetzung des Krieges mit außenpolitischen Mitteln. Jedoch hatten die in Cannes versammelten Politiker und Wirtschaftsführer bereits beschlossen, die große europäische Wirtschaftskonferenz für April 1922 nach Genua einzuberufen, und ein Programm vorbereitet, zu dessen geistigen Urhebern neben Lloyd George und Loucheur auch Rathenau gehörte. Mit der Wiedereinbeziehung Russlands in die europäische Wirtschaft bot dieses Programm für Genua die Möglichkeit eines wirklichen Friedens für Europa und andererseits mit der Tendenz zur Wiederherstellung des europäischen Kredits auch die Lösung der europäischen Währungs- und Wirtschaftsfragen. Die Haltung Sowjetrusslands blieb abzuwarten. Allerdings verlangte nun die französische Regierung, dass in Genua die Reparationsfrage ausgeklammert würde. Ein mögliches Scheitern der Konferenz war damit angezeigt. So entstanden schwere Hindernisse für die Rathenausche Auffassung einer europäischen Gesamtlösung von Wiederaufbau und Reparation, die deutsche Regierung Wirth hatte sich auf eine veränderte außenpolitische Konstellation einzustellen.

Am 31. Januar 1922 ging die Leitung des Auswärtigen Amtes aus der Verantwortung des Reichskanzlers an Walther Rathenau über. Als deutscher Außenminister betrieb er nun intensiv die Vorbereitungen für die vorgesehene europäische Wirtschaftskonferenz, er hielt also am Prinzip einer europäischen Gesamtlösung des Wiederaufbaus bei Überwindung der Kriegsfolgen fest. Doch wurden seine Erwartungen hinsichtlich eines europäischen Aufbausyndikats für Russland unter britischer Führung und bei deutscher Beteiligung nicht erfüllt. Deutsche Vertreter wurden für dessen Leitung nicht vorgesehen. Nach Rück-

kehr einer deutschen Delegation von der Konferenz der „Centralen Internationalen Corporation“ (CIC) in London³⁹ entschied man sich deutscherseits zur Zurückhaltung gegenüber dem Syndikat. Nunmehr setzten sich deutsche Industrielle wie Carl Duisberg und Hugo Stinnes im Reichswirtschaftsrat sowie der Politiker Gustav Stresemann (DVP) im Reichstag für gesonderte deutsche wirtschaftliche Übereinkünfte mit Russland ein. Diese Haltung verdeutlichte Stinnes am 1. März 1922 vor dem Reparationsausschuss und erklärte, dass es vollkommen ausgeschlossen sei, im internationalen Syndikat Russland aufzukaufen. Russland müsse seine Industrie wieder aufbauen und außerdem seine Landwirtschaft wieder in die Höhe bringen. Er rechnete dann mit einem steigenden Absatz und sagte dazu: „Die russische Industrie war ein sehr großer Konsument von allen Produkten der deutschen Industrie, und wir haben ein ganz lebhaftes Interesse daran, dass Russland wieder ein möglichst kräftiges Land wird, das politisch wieder etwas zu sagen hat ... und andererseits hat Russland ein Interesse daran, dass wir in die Höhe kommen, sonst wird Russland ebenfalls isoliert.“⁴⁰ So warb der Pragmatiker Hugo Stinnes für eine auf Osteuropa orientierte Wirtschaftspolitik unabhängig von der Reparationsfrage und ignorierte die außenpolitischen Zwänge gegenüber den Alliierten. Dem diplomatischen Geschick des Außenministers Rathenau war es nun anheim gegeben, Realpolitik zu betreiben, den Außenhandelsinteressen im Deutschen Reich gerecht zu werden und dabei unter den Zwängen des Londoner Ultimatums den Reparationsdruck dennoch finanziell zu verringern. Zwar war dem Deutschen Reich in Cannes ein Zahlungsaufschub für anstehende Reparationsraten gewährt worden, doch konnte jede Nichterfüllung von Reparationsleistungen zu alliierten Sanktionen führen. Zudem würde das bei verschiedenen deutschen Politikern und Industriellen aufkommende Verlangen nach einem Sonderabkommen mit Russland nicht nur die Bestrebungen der

³⁹ Vom 21.-25. Februar tagte in London eine Konferenz der zentralen Korporation zum Wiederaufbau Europas mit einem Programmentwurf der englischen Regierung, (BA Berlin, Reichswirtschaftsministerium, Bd. 14798, Bl. 3 f.)

⁴⁰ BA Berlin, R 401/613, Bl. 482 f.

englischen „Internationalen Corporation“, sondern in erster Linie die Interessen französischer Reparationspolitik gegenüber einem deutschen Export außerhalb der Reparationsverpflichtungen stören. Rathenau hielt somit aus prinzipiellen Erwägungen am Gedanken einer europäischen Gesamtlösung fest.

Nachdem aber die Reparationskommission am 22. März 1922 einen veränderten Zahlungsplan an die deutsche Regierung gegeben hatte, entstand der Eindruck, deren französische Mitglieder wollten um jeden Preis das „Unmöglich“ erzwingen, damit Frankreich zu Gewaltmaßnahmen übergehen könne. Der Reichstag lehnte die neuerlichen Forderungen ab.⁴¹ Namens der Deutschen Volkspartei erklärte sich nun auch Gustav Stresemann für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland und forderte zudem eine internationale Anleihe für Deutschland sowie eine grundsätzliche Änderung der Politik der Reparationskommission, die nach einem Zugriff auf die deutschen Reichsfinanzen strebte.⁴² Auch Rathenau lehnte ausdrücklich einen Eingriff in die deutsche Staats- und Finanzhoheit ab und erklärte ebenfalls im Reichstag: „Wir haben die Absicht, der Reparationskommission zu sagen, dass unter den heutigen Verhältnissen der Geldentwertung wir einen anderen Zahlungsplan für 1922 erwarten. Richtlinien für die Verhandlungen mit der Reparationskommission aber bleiben die beiden vom Kanzler ausgesprochenen: Ein Neubau unseres Steuerkompromisses ist nicht möglich, und ebenso wenig möglich ist ein Eingriff in unsere Staats- und Finanzhoheit.“⁴³

In dieser Situation befand sich der deutsche Außenminister, als die Reichsregierung ihre Vorbereitungen für die Konferenz in Genua traf. Die Lage der deutschen Wirtschaft hatte sich gegenüber der Konjunktur von 1921 grundlegend geändert. Mit dem Fortschreiten der Inflation verband sich eine rapide innere Entwertung der Wirtschaft, und die Befürchtung wurde laut, es komme der Zeitpunkt, zu dem die Inflati-

⁴¹ Die deutschen Reparationen für 1922 waren auf 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen festgesetzt worden.

⁴² Reichstag, 197. Sitzung am 29. 3. 1922 in: Verhandlg. des Reichstages, I. Wahlperiode 1920-1922.

⁴³ Rathenau, Reden, S. 390.

on nicht mehr exportfördernd, sondern exporthemmend wirke.⁴⁴ Also waren Exportmöglichkeiten und andere wirtschaftliche Lösungen gefragt. Die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Genua traf nun hinsichtlich der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland auf unterschiedliche Interessen. Rathenau hatte sich vom Gedanken eines europäischen Aufbausyndikats für Russland weitgehend distanziert und sagte dazu Ende März 1922 im Deutschen Reichstag: „Zweifellos wird Genua für Russland manches Wesentliche bringen, und ich will einen Augenblick die Auffassung der Kabinettsregierung unausgesprochen lassen, die dahin geht, dass wir nach Ausmaß unserer Kräfte uns aufrichtig bemühen werden, am Wiederaufbau Russlands mitzuwirken. Dabei ist der Weg von Syndikaten nicht der entscheidende, Syndikate können nützlich sein, und von solchen Syndikaten sollten wir uns nicht ausschließen. Dagegen wird das wesentliche unserer Aufbauarbeit zwischen uns und Russland selbst zu besprechen sein. Solche Besprechungen haben stattgefunden und finden weiter statt, und ich werde sie mit allen Mitteln fördern. Es ist kein Gedanke daran, dass Deutschland die Absicht hätte, Russland gegenüber die Rolle des koloniallüsternen Kapitalisten zu spielen. Ich freue mich ganz besonders, dass von Seiten des Herrn Stresemann und seiner Freunde heute eine solche Stellung Russland gegenüber gewünscht wird, denn ich erinnere mich an eine Periode, in der ich mit meiner Auffassung über die Notwendigkeit, Russland zu Hilfe zu kommen, bei dieser Seite keine Gegenliebe gefunden habe.“⁴⁵

Die Frage einer außenpolitischen Öffnung gegenüber Russland gewann im Vorfeld der Konferenz von Genua mehr und mehr an Gewicht. Auf der Durchreise nach Genua machte die russische Delegation Anfang April in Berlin Station und legte der Reichsregierung einen Vertragsentwurf vor. Die aus der Zeit des Krieges zwischen Deutschland und Russland schwebenden Fragen sollten erledigt und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Doch es kam zu keiner

⁴⁴ So Hermann Bücher (RDI) auf der 24. Sitzung des Reparationsausschusses am 1. 3. 1921 in: BA Berlin, R 401/ 613, Bl. 447 ff.

⁴⁵ Rathenau. Reden, S. 392 f.

Übereinkunft. In begründeter Befürchtung alliierter Sanktionen vermieden Rathenau und Wirth eine derartige Entscheidung noch vor Genua. Am Entwurf eines Vertrages wurde jedoch weitergearbeitet. Am 10. April 1922 sprach der deutsche Reichskanzler auf der ersten Plenarsitzung der europäischen Wirtschaftskonferenz in Genua. Er wertete deren Einberufung als ein Zeichen für die wachsende Erkenntnis, dass die wirtschaftliche und finanzielle Unordnung in Europa die Zusammenarbeit der Völker notwendig gemacht hatte, betonte den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker und bekannte sich zu einer gemeinsamen Lösung der europäischen Probleme. „Das Problem der deutschen Wirtschaft ist, das hat die Welt heute erkannt, untrennbar verbunden mit den Schwierigkeiten, über welche die anderen Nationen zu klagen haben. Die deutsche Not ist die eine Seite, die Not der übrigen Völker die andere Seite der Weltkrise.“⁴⁶

Noch während der Genua-Konferenz wandte sich die Reparationskommission von Paris aus mit einer neuerlichen Note an die deutsche Regierung und forderte Steuererhöhungen in Deutschland sowie eine ausländische Finanzkontrolle des deutschen Etats. Obwohl aus Paris von deutscher Seite bereits die Empfehlung gegeben war, positiv gegenüber der Reparationskommission zu reagieren, bestimmten Rathenau und Wirth von Genua aus, die Note der Reparationskommission nicht zu beantworten.⁴⁷ Die bedrohliche Finanzlage des Deutschen Reiches spitzte sich indessen weiterhin zu. Als dann während der Konferenz von Genua der Eindruck entstand, Deutschland könne aus der europäischen wirtschaftspolitischen Verständigung mit Russland ausgeschlossen werden, entschieden sich Wirth und Rathenau für eine gesonderte Vertragsunterzeichnung.

Die dramatischen Vorgänge, die am 16. April 1922 in Rapallo zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages geführt haben, sind bekannt.⁴⁸ Aus der Sicht des Zeitzeugen beschreibt Simon: „Im Ver-

⁴⁶ Hier zitiert nach Vossische Zeitung, 11. April 1922.

⁴⁷ Telegramme: Rathenau (14.4.) und Wirth (17.4.) an Staatssekretär Fischer in Paris. BA Berlin, R 3101/ Bl. 34/35.

⁴⁸ Vgl. Schulin, S. 122-130.

folg der Pläne von Rathenau und Lloyd George trat /Russland/ in Genua zum erstenmal wieder in dem Areopag der west- und zentral-europäischen Führer auf. Es reichte Deutschland, das seine Aufgabe seit dem Kriege immer darin gesehen hatte, die Brücke zwischen Ost- und Westeuropa zu schlagen, in Rapallo die Hand, die wir gern ergriffen. Der gegenseitige Verzicht auf alle Forderungen aus dem Kriege löste vorbildlich das Problem der Liquidation des Krieges und schuf eine gesunde Grundlage für den Wiederaufbau der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Angesichts der eigentümlichen Geheimniskrämerei der Westmächte bei ihren Verhandlungen mit Russland war von deutscher Seite ein rascher Entschluss erforderlich – schaltete doch der Vertrag von Rapallo die Möglichkeit aus, dass die deutsche Arbeit in Russland, dem wichtigen Ergänzungsgebiet für die deutsche Volkswirtschaft, der Reparation dienstbar gemacht werden konnte. Die Tendenz zu einer derartigen Regelung lag bei einzelnen Reparationsgläubigern zweifellos vor. Die deutsche Zahlungsbilanz wäre dadurch noch ungünstiger gestaltet und eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage noch mehr erschwert worden.⁴⁹

„Der Deutsch-Russische Vertrag von Rapallo“⁵⁰ folgte sowohl dem Grundsatz der Regierung Russlands, in Genua „als Kaufleute“ (Lenin) zu handeln, als auch der Absicht der deutschen Regierung Wirth/Rathenau, die Lösung internationaler Probleme politisch wie wirtschaftlich anzugehen. Wie es im ursprünglichen Entwurf vorgesehen war, erledigte der Rapallovertrag die noch schwebenden Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland. Beide Länder verzichteten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationsfrage war somit erledigt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland (RSFSR) wurden wieder aufgenommen und dabei festgelegt, den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Länder wechselseitig entgegen zu

⁴⁹ Simon, S. 160 f.

⁵⁰ „Deutsch-Russischer Vertrag vom 16. April 1922 zwischen der Deutschen Regierung, vertreten durch Reichsminister Dr. Walther Rathenau, und der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch Volkskommissar Tschitscherin“, in: Reichsgesetzblatt, 1922, T. II, S. 477f.

kommen. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, die von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern. Der Vertrag tendierte demnach eindeutig dahin, die außenpolitischen Probleme in Verbindung mit der Lösung wirtschaftlicher Fragen zu behandeln. Für das Deutsche Reich ergab sich ein Ausweg aus den Reparationszwängen des Versailler Vertrages.

In der Schluss-Sitzung der Genua-Konferenz am 19. Mai 1922 rief Rathenau die Vertreter der europäischen Staaten in einer großen Rede⁵¹ auf, das gegenseitige Vertrauen durch einen wahren Frieden in der Welt wiederherzustellen, da die Überreste des Krieges noch immer die internationale Atmosphäre belasteten. Er wertete den Abschluss des Rapallovertrages als historisches Ergebnis der Konferenz. Deutschland hoffe nun, durch die Fortsetzung der beiderseitigen Besprechungen das Werk des Friedens zwischen Ost und West zu fördern. Mit den Worten des großen Dichters der italienischen Renaissance, des Humanisten Francesco Petrarca, beschloss er eindrucksvoll diese Rede: „Io vò gridando: pace, pace, pace!“

„Ich gehe durch die Welt und rufe: Friede!“ – dafür fand Walther Rathenau auch nach der Rückkehr keine allgemeine Zustimmung. Im Gegenteil, er sah sich erneuten Angriffen ausgesetzt. Das Problem der Reparationszahlungen hatte sich verschärft, denn der deutschen Zahlungsfähigkeit waren für den Rest des Jahres 1922 Grenzen gesetzt. Darauf spekulierte offenbar die französische Regierung. Ministerpräsident Poincaré hatte schon am 24. April öffentlich erklärt, die Alliierten hätten im Falle einer von der Reparationskommission festgestellten Verfehlung Deutschlands nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen, und zwar am besten gemeinsam. Doch sei es sehr wohl möglich, dass ein Staat für sich allein und für sich gegen Deutschland Sanktionen verhängen werde.⁵²

⁵¹ Vgl. Rathenau. Cannes und Genua. Vorwort H. F. Simon, Berlin 1922; ferner: Rathenau. Reden, Berlin 1924.

⁵² Vgl. Ernst Meier: Zeittafel der deutschen Reparation 1918-1932, Erlangen 1932, S. 38.

Inzwischen war die deutsche Regierung gewarnt worden, die Note der Reparationskommission vom 13. April weiterhin unbeachtet zu lassen, sonst würde diese eindeutige Forderungen stellen. Eine äußerste Zuspitzung jedoch wollte offenbar das englische Kommissionsmitglied vermeiden. John Bradbury, der Vertreter Großbritanniens, verfasste selber den Entwurf für eine deutsche Regierungserklärung über die Reparationszahlungen. Danach sollte Deutschland einen umfassenden Plan der Steuererhöhung nach dem 31. Mai vorlegen, der Reparationskommission sollte die Kontrolle in allen Finanzfragen zugesichert werden, den von ihr festgelegten Bedingungen sei jedenfalls nachzukommen.⁵³ Das glich wiederum einem Ultimatum. Die Gefahr einer Ruhrbesetzung verwob sich nun bedrohlich mit einer ausländischen Kontrolle der Reichsfinanzen. Zudem bestand die Reparationskommission auf dem Rücktritt vom Rapallovertrag; doch das hatte Rathenau bereits in Genua unwiderruflich abgelehnt.

Die Reichsregierung sah sich nun gezwungen, auf die Forderungen der Reparationskommission einzugehen. Rathenau riet am 26. Mai während einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei davon ab, den Entwurf Bradburys zu ignorieren, sonst würde am 31. Mai die „Katastrophe“ eintreten. Er schlug vor, weiterhin Bemühungen um eine ausländische Anleihe anzustrengen und auswärtige Gläubiger zu erhalten, die in ihrem Interesse dafür sorgten, dass Deutschland nicht zum Ausbluten gebracht werde. Diese Gläubiger dürften nicht auswärtige Staaten sein, wie Frankreich und England, sondern auswärtige Privatleute, in erster Linie wohl amerikanische. Rathenau setzte offenbar auf die im Mai/Juni in Paris tagende Bankierskonferenz.

Am 26. Mai erfolgte, wie es mit dem Bradbury-Entwurf namens der Reparationskommission gefordert worden war, der Erlass eines Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank. Am 28. Mai erklärte sich die Reichsregierung bereit, der Reparationskommission das Recht zur Nachprüfung der deutschen Finanzpolitik einzuräumen. Am 31. Mai bezeichnete die Reparationskommission das Deutschland am 21. März bewilligte Teilmoratorium als endgültig. Die Regierung musste eine

⁵³ BA Berlin, R 3101/14831, Bl. 94.

Niederlage hinnehmen, die Reichsfinanzen wurden kontrolliert, aber die Ruhrbesetzung war zunächst abgewehrt. Der Außenminister Rathenau hingegen stand weiterhin vor der Aufgabe, eine Lösung in der Reparationsfrage zu finden. Eine große internationale Anleihe an Deutschland wurde allerdings in Paris von einem Komitee der Reparationskommission abgelehnt. Auch die Haltung der Bankierskonferenz in dieser Frage war noch ungeklärt. Mittlerweile war aber die Lage der deutschen Wirtschaft immer unsicherer geworden. Die Inflation wirkte sich mehr und mehr zum Nachteil deutscher Industrieller aus, die zuvor Gewinne verbuchen konnten. Steigende Inflationsnot hatte in verschiedenen Industriezweigen zu Arbeiteraussperrungen geführt, die mit Massenstreiks beantwortet wurden.

Da in Paris die Auflegung einer internationalen Anleihe für das Deutsche Reich von der vorherigen Lösung der Reparationsfrage abhängig gemacht worden war, mussten folgerichtig Proteste aus der Schwerindustrie als dem in der Reparationsfrage am meisten gefährdeten Bereich erfolgen. In dieser Situation steigerte besonders Hugo Stinnes seine politischen Aktivitäten. Am 6. Juni 1922 hielt er in Essen vor Vertretern der Großindustrie eine Rede gegen jede ausländische Anleihe und gegen die Stabilisierung der Mark. In der Öffentlichkeit wurde das als Aufforderung zur Fortsetzung der Inflationspolitik und zu einer verständigungsfeindlichen Außenpolitik aufgenommen. Die deutschnationale „Katastrophenpolitik“ wurde gegen die „Erfüllungspolitik“ ins Feld geführt. In dieser Zeit, nämlich am 9. Juni 1922, verteidigten und erläuterten Reichskanzler und Außenminister bei einer Veranstaltung der Württembergischen Staatsregierung ihr Regierungsprogramm zu Fragen der Einheit des Reichs (Norden und Süden), zum Vertrag von Rapallo und zur Reparationsfrage in Paris.⁵⁴ Der Rede Wirths schloss sich Rathenau mit Worten an, die bemerkenswert um denselben Gedanken der Vernunft kreisten, den er dann am Todestag wie ein Vermächtnis hinterlassen sollte.

⁵⁴ Stuttgarter Reden. Reden des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsministers Dr. Rathenau anlässlich des Besuchs bei der Württembergischen Staatsregierung am 9. Juni 1922, (Stuttgart 1922).

Rathenau umriss die mit dem Londoner Ultimatum und den rigorosen Reparationsforderungen 1921 eingetretene Situation und sagte: „Wir alle haben uns damals gefragt, wie ist es möglich, von einem Volk zu verlangen, dass es 132 Milliarden als Kriegsentschädigung hingibt, mehr als die Hälfte seines ganzen Vermögens, eine Zahlungsleistung in Geld, das dieses Land nicht besitzt? Ist es möglich, dass jemals Vernunft über den Erdball kommt und den Irrsinn dieser Gedanken zerstört? Wie lange wird es dauern, werden Jahre oder werden Jahrzehnte vergehen bis zu dem Augenblick, wo die Erde einsieht, dass es unmöglich ist, diese Forderungen zu erfüllen, auch wenn Deutschland noch so gutwillig sich der Konvention der Historie fügt, die besagt, dass der Besiegte zahlt. Nur schrittweise konnte die Vernunft ihren Weg nehmen, kein Weg ist so lang, als der Weg der Vernunft und der Weg der Wahrheit.“⁵⁵ Wie beschwerlich dieser Weg dann wurde, sollte sein persönliches Schicksal demonstrieren; denn der Republik feindliche Verschwörer trachteten Rathenau bereits nach dem Leben.

Am 12. Juni, acht Tage nach dem Attentat auf den sozialdemokratischen Politiker Philipp Scheidemann, Mitglied des Deutschen Reichstages und Oberbürgermeister von Kassel, gab ein arbeitsloser Gärtner zu Protokoll, „er stehe mit einer Geheimorganisation in Verbindung, die sich vorgenommen habe, Scheidemann und Rathenau umzubringen“⁵⁶. Diese Geheimorganisation „O.C.“ (Organisation Consul) war während der antirevolutionären Kämpfe 1918/19 aus der Marinebrigade Ehrhardt hervorgegangen und mit Kapp und Lüttwitz während des militanten rechten Putsches von 1920 den Verteidigern der Republik unterlegen. Sie verfügte demnach über Erfahrungen, die sie im umgekehrten Sinne anzuwenden gedachte und hatte deshalb eine „Provokationsstrategie“ (Sabrow) zur Herausforderung der Massen parat.⁵⁷ Anfang Juni waren offensichtlich die Verständigungen über ein Rathenau-Attentat abgeschlossen. Als am 13. Juni der Freispruch der Mörder Erzbergers erfolgt war, mussten sich die Attentäter bestärkt ge-

⁵⁵ Ebenda, S. 19.

⁵⁶ Martin Sabrow, Die verdrängte Verschwörung, Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt am Main 1999, S. 36.

⁵⁷ Vgl. dazu Sabrow, S. 60 ff.

fühlt haben; denn um diesen Zeitpunkt setzten ihre direkten Mordvorbereitungen ein. Verblüffend mutete es später an, mit welcher Leichtigkeit die Verschwörer über das ganze Reichsgebiet gespannte Verbindungen nutzen konnten.⁵⁸

Nach der Angliederung Ostoberschlesiens an Polen am 17. Juni griff am 19. Juni der deutschnationale Abgeordnete Karl Helfferich den Außenminister Rathenau im Deutschen Reichstag während der Debatte über das „Wiesbadener Abkommen“ scharf an. Am 21. Juni musste Rathenau ebenfalls im Reichstag zu Vorwürfen Stellung nehmen, die Reichsregierung hege die Absicht, dem Ruhrgebiet und dem Saarland das gleiche Schicksal zufügen zu lassen wie Ostoberschlesien. Rathenau verwahrte sich energisch dagegen und wies die Vorwürfe der deutschnationalen Fraktion ruhig, aber entschieden zurück.

Am 23. Juni saßen Rathenau und Hugo Stinnes bis in die frühen Morgenstunden zusammen. In lebhafter Debatte sollen die beiden so häufig als Widersacher aneinander geratenen Industriellen festgestellt haben, dass ihre Ansichten politisch gar nicht so weit auseinander gingen, wie allgemein angenommen wurde, berichtet Kessler.⁵⁹ Bedenkenswert ist die Einschätzung des Zeitzeugen H. F. Simon: „Die großen europäischen Aussprachen in Cannes und Genua waren auf die führenden Wirtschaftskreise Europas nicht ohne Eindruck geblieben. Während sich in der Leitung der französischen Politik die Verwirklichung der gewaltsamen Absichten Poincarés vorbereiteten, suchten deutsche und französische Wirtschaftsführer mit Ernst einen Ausgleich ihrer Interessen anzubahnen. Auf deutscher Seite kennzeichnete die Unterhaltung, die Rathenau am Tage vor seiner Ermordung mit Stinnes hatte, in dieser Hinsicht den Beginn einer bedeutsamen Entwicklung, die einige Wochen später in dem Stinnes-Lubersac-Abkommen und in den Unterhaltungen zwischen führenden deutschen (insbesondere Stinnes) und französischen Schwerindustriellen im Sommer und Herbst 1922 zutage trat.“⁶⁰ In der europäischen Wirtschaft machten sich dem-

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 138 ff.

⁵⁹ Vgl. Harry Graf Kessler, Walther Rathenau – sein Leben und Werk, Berlin 1928, S. 254 ff.

⁶⁰ Simon, S. 157.

nach Tendenzen im Sinne der Rathenauschen Strategie bemerkbar. Er aber konnte diese neue Entwicklung nicht mehr begleiten.

Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau auf offener Straße in Berlin-Grunewald durch Mitglieder der militärischen Geheimorganisation „Consul“ mit Pistolenschüssen und Handgranaten niedergestreckt. Nicht die Wirtschaft, die er zu nationaler Verantwortung anregen wollte, der militante Terror war ihm zum tragischen Schicksal geworden.

Martin Sabrow

DIE WALTHER RATHENAU GESELLSCHAFT IM JAHRE 2001

Wie auch schon in den Jahren zuvor, konzentrierte die Arbeit des Vorstandes sich im vergangenen Jahr darauf, den Fortgang der Walther Rathenau-Edition zu befördern, deren Abschluß mittlerweile sichtbar näherrückt. Der von Prof. Dr. Schulin und Dr. Alexander Jaser betreute Briefband V ist soweit gediehen, daß das Manuskript wohl im Herbst zum Verlag gehen kann, um dann zumindest im ersten von zwei Teilbänden Anfang nächsten Jahres zu erscheinen. Fortschritte sind aber auch für die anderen noch ausstehenden Bände der Gesamtausgabe zu vermelden. Dr. Jaser, der dafür von der Walther Rathenau Gesellschaft mit einem Stipendium unterstützt wird, hat parallel zur Fertigstellung des Briefbandes zusammen mit Dr. Hellige im Frühjahr die Arbeiten an Bd. I (Frühschriften) aufgenommen, die auf eine Gesamtzeit von drei Jahren veranschlagt worden sind. Der von Prof. Dr. Michalka betreute Bd. III (Schriften aus der Kriegszeit) ist nach Auskunft des Bearbeiters ebenfalls ein gutes Stück vorangekommen und soll im Laufe des Jahres 2003 fertiggestellt werden. Für Bd. IV (Schriften der Weimarer Republik) wurde ein Bearbeiterwechsel notwendig, da Dr. Meineke sich angesichts eigener Belastung nicht in der Lage sah, seine Aufgabe in einem überschaubaren Zeitrahmen zu bewältigen. Statt seiner wurde Jörg Hentzschel, Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung und Doktorand von Prof. Dr. Küppers (Wuppertal), als neuer Bearbeiter gewonnen, der sich durch eine Magisterarbeit über Walther Rathenau als Außenpolitiker der Weimarer Republik bereits in das Thema eingearbeitet hat.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit unserer Gesellschaft galt wie in jedem Jahr der Freienwalder Rathenau-Gedenkstätte. Diese hat nach wie vor nicht nur mit ihrem geographischen „Standortnachteil“ im äußersten Nordosten der Bundesrepublik zu kämpfen, sondern auch unter der immer noch höchst verhaltenen Akzeptanz in der von Abwanderung geprägten Region des Oderlandes zu leiden. Zudem ist sie von den Sparzwängen des Kreises und des Landes besonders hart ge-

troffen. Näheres dazu ist dem Bericht von Dr. Schmook in diesem Heft zu entnehmen; hier genügt der Hinweis, daß die Rathenau-Gesellschaft sich bemüht hat, mit ihren Möglichkeiten Unterstützung zu geben. Der Vorstand hatte schon im Jahr zuvor beschlossen, den jährlichen Zuschuß an die Rathenau Stift Gemeinnützige GmbH von 4000 auf 5000 DM zu erhöhen. Dank der Vermittlung von Dr. Fernholz hat die Alfred-Herrhausen-Stiftung der Stift GmbH darüber hinaus eine Spende gemacht, mit deren Hilfe die Büroausstattung modernisiert werden konnte. Schließlich hat sich Herr Ratjen erfolgreich dafür verwendet, daß die Deutsche Stiftung Denkmalschutz sich mit 50% an den Kosten der für 2003 geplanten Restaurierung des bislang nicht nutzbaren Gärtnerhäuschens von Schloß Freienwalde beteiligen wird, sofern das Land Brandenburg bzw. der Kreis Märkisch-Oderland die andere Kostenhälfte übernehmen.

Auf der Stelle hingegen treten die Bemühungen um eine Rückführung des Rathenau-Nachlasses aus dem Moskauer Sonderarchiv nach Deutschland. Als Bevollmächtigter der Erbgemeinschaft Rathenau hatte Dr. Mossner den Anspruch auf Rückgabe auf den Umstand gestützt, dass der Nachlass zum Zeitpunkt der Enteignung jüdisches Privateigentum war.

Im Juli 2001 hat Dr. Schmook im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Dokumente gefunden, die belegen, dass der Nachlass 1939 vor der Emigration der Familie Andreae in die Schweiz unrechtmäßig enteignet wurde. Dr. Mossner hat am 30. April bei der zuständigen Stelle im russischen Kulturministerium Einspruch erhoben gegen den Entscheid aus Moskau vom 10. Oktober 2000, über den schon im letzten Jahr berichtet wurde. Die Antwort des russischen Kulturministeriums steht noch immer aus.

Am 30. November 2001 fand in Berlin die turnusmäßige Mitgliederversammlung der Gesellschaft statt, deren wichtigste Ergebnisse hier stichwortartig noch einmal festgehalten seien: Der Sitz der WRG wurde nach Berlin verlegt und eine überarbeitete Satzung verabschiedet, die u.a. den Satzungszweck präzisiert. Der jährliche Mitgliedsbeitrag wurde auf 100 Euro (Richtsatz) angehoben, wobei Studenten und Schüler grundsätzlich, andere Mitglieder im Einzelfall beitragsfrei gestellt

wurden. Dem engeren Vorstand gehören an: Dr. E.h. Heinz Dürr (Vorsitzender), der den Vorsitz der Gesellschaft bereits kommissarisch nach dem Tod von Prof. Dr. Bierich übernommen hatte, Dr. Michael Fernholz (Stellvertreter), Priv.-Doz. Dr. Martin Sabrow (geschäftsführender Vorstand). In den weiteren Vorstand wurden gewählt: Dr. Wolfgang Knellessen, Dr. Ute Kniepen, Götz Küster, Dr. Bernd Mossner, Prof. Dr. Ernst Schulin und Louis Graf Zech. Den aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitgliedern Karl Gustaf Ratjen und Günter Schilling wurde in Würdigung ihrer großen Verdienste um die Arbeit der Walther Rathenau Gesellschaft die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Auf der anschließenden öffentlichen Jahrestagung sprachen Prof. Michael Blumenthal als Hausherr des gastgebenden Jüdischen Museums und der neue Vorsitzende, Dr. E.h. Dürr (beide Ansprachen sind in diesem Heft der „Mitteilungen“ abgedruckt). Hauptredner war Edzard Reuter, der die Gegenwartsbedeutung von Walther Rathenaus wirtschaftsethischen Maximen erörterte. Sein Vortrag liegt mittlerweile gedruckt vor und wurde an die Mitglieder versandt.

Hinzuweisen ist schließlich darauf, daß auch die Walther Rathenau Gesellschaft mittlerweile unter www.walther-rathenau.de im Internet vertreten ist. Dank der Unterstützung von Prof. Wolfgang Hempel hat die Gemeinnützige Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation mit sechs Mitarbeitern die Rathenau-Präsentation im Sommer 2001 zu ihrer Semester-Praktikums-Aufgabe gemacht und eine über 100 Seiten starke Präsentation erarbeitet, die virtuelle Besucher ausführlich über Art und Umfang der heutigen Beschäftigung mit Walther Rathenau orientiert.

Unsere Gesellschaft wächst weiterhin kontinuierlich und wies Ende 2001 95 Mitglieder auf.

Götz Küster
FINANZBERICHT FÜR DAS JAHR 2001

Um Vergleiche auch mit den Vorjahren zu ermöglichen, ist der Bericht über unsere Finanzen in 2001 in den beiden Währungen Euro und DM abgefasst: Die erste Zahl bezeichnet jeweils den Euro-Betrag, die zweite, in Klammern, den DM-Wert.

Unsere Einnahmen betragen im Berichtsjahr Euro 21.160,82 (41.328,72). Ihnen standen Ausgaben von Euro 34.242,99 (66.973,67) gegenüber, zu deren Finanzierung wir unsere Rücklagen aus Bundesschatzbriefen und Festgeld, die sich zu Jahresbeginn auf Euro 26.482,34 (51.794,95) beliefen, teilweise herangezogen haben. Diese Rücklagen stammten aus der Sonderzuweisung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft von 1990, zweckgebunden für die Textbearbeitung des Bandes I der historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke Walther Rathenaus. Mit den Arbeiten an diesem Band ist im April 2001 begonnen worden, wir haben dafür bis zum Jahresende Euro 17.026,02 (33.300,00) aufgewandt. Den Rest aus der Sonderzuweisung von Euro 9.456,32 (18.494,95) haben wir auf das laufende Jahr vorgetragen. Im einzelnen setzten sich unsere Einnahmen aus Beitragsspenden unserer Mitglieder von Euro 3.891,64 (7.611,39) und Sonderspenden von Euro 15.243,- (29.800,-) zusammen, die wir Mitgliedern oder deren Vermittlung verdanken. Dazu kamen Zinseinnahmen von Euro 2.026,18 (3.962,86).

Größter Posten unserer Ausgaben waren Zuwendungen für die Arbeiten an den Bänden I und VI der Edition: Euro 22.536,20 (44.076,98). Der Walther Rathenau Stift gGmbH in Bad Freienwalde haben wir für wissenschaftliche Arbeiten und den weiteren Ausbau des Rathenau-Archivs Euro 5.624,21 (11.000,00) zur Verfügung gestellt. Unser Verwaltungsaufwand (Porti, Telefon, Büromaterial, Reisespesen, Internet, Kosten der Mitgliederversammlung am 30.11.2001) betrug Euro 3.658,31 (7.155,03). Unsere Jahresmitteilungen kosteten Euro 1.192,13

(2.331,60), und für ein Rathenau-Autograph, das wir mit einer Sonder-spende erwerben konnten, wandten wir Euro 998,04 (1.952,00) auf; es handelt sich um einen Brief an Felix Holländer über den Kauf des „Deutschen Theaters“ durch Max Reinhardt. Hinzu kamen noch Bankgebühren von Euro 72,54 (141,88) sowie Notariatskosten von Euro 161,56 (315,98) für die Satzungsänderung bei unserer Mitgliederversammlung am 30.11.2001 und die Eintragung unseres neuen Sitzes im Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg.

Für das Jahr 2002 rechnen wir mit Ausgaben in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr. Die Kosten für die Textbearbeitung des Bandes I – die Fertigstellung ist für 2003/2004 geplant – werden 2002 Euro 23.000,- betragen. Der zugesagte Jahreszuschuss für die Walther Rathenau Stiftung GmbH, Bad Freienwalde, beläuft sich auf Euro 2.600,-. Unsere jährlichen Mitteilungen, die wir an unsere Mitglieder und an Freunde unserer Gesellschaft verteilen, werden Euro 3.000,- kosten, und für Verwaltungsaufwand rechnen wir mit Euro 3.600,-. Somit werden sich unsere Ausgaben in 2002 voraussichtlich auf Euro 32.200,- belaufen.

Auf der Einnahmen-Seite steht diesen Ausgaben zunächst der Überschuss aus 2001 (Kontostand am Jahresende) gegenüber: Euro 23.398,52. Nach dem Beschluss zur Festlegung unseres Spendenrichtsatzes vom 30.12.2001 auf Euro 100,- rechnen wir mit einem Beitragsaufkommen von Euro 8.000,-. Weil nach Auflösung unserer Festgeldkonten und Rückzahlung unserer Bundesschatzbriefe keine namhaften Zinseinnahmen mehr zu erwarten sind, hoffen wir, den rechnerischen Fehlbetrag von etwa Euro 1.000,- durch freiwillige erhöhte Spenden unserer Mitglieder oder Sonderzuweisungen finanzieren zu können.

Aus heutiger Sicht können wir mit Ablauf des Jahres 2002 nicht mit einem finanziellen Überschuss rechnen. Am Ende dieses Berichtes steht deshalb die Bitte an unsere Mitglieder, bei der Bemessung ihrer freiwilligen Beitragsspende großzügig zu sein und pünktlich zu zahlen, damit wir bei unvorhersehbaren Anforderungen über eine gewisse

Dispositionsmasse verfügen können. Bekanntlich ist ja laut unserer Satzung die Zahlung der Beitragsspende zum Jahresanfang fällig.

Zur Erinnerung und Aufmunterung im Sinne dieses Berichtes liegt ein Überweisungsformular bei, dessen Sie sich bitte bedienen wollen. Zu erwähnen ist noch, dass wir mit Bescheid vom 14.12.2001 des zuständigen Finanzamts wiederum für drei Jahre steuerlich freigestellt worden sind und weiterhin die Berechtigung haben, steuerlich wirksame Spendenbescheinigungen auszustellen.

Reinhard Schmook
SCHLOSS FREIENWALDE IM JAHRE 2001

Für die künftige Arbeit der Walther-Rathenau-Stift gGmbH und den Betrieb des Schlosses Freienwalde sind im vergangenen Jahr wichtige Entscheidungen gefallen. Am 1. August 2001 wurde der bisherige Schlossverwalter abgelöst und die volle Verantwortung für das Anwesen nach Jahren der Irritationen und einer unklaren Führungsstruktur in die Hände des Unterzeichneten gelegt. Damit sind zwar klare Leitungsverhältnisse eingezogen, doch ist die Personalsituation nach wie vor sehr angespannt und die Arbeitsfähigkeit entsprechend eingeschränkt. Es gibt neben dem Leiter und dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Herrn Hinkelmann kein weiteres fest angestelltes Personal. Für den technischen Bereich stehen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder auf der Basis geringfügiger Beschäftigung wechselnde Hilfskräfte zur Verfügung, die besonders das unmittelbare Umfeld des Schlosses in Ordnung halten.

Nachdem für 2001 etwa 3000 meist sehr interessierte Besucher in der Rathenau-Gedenkstätte gezählt wurden, musste das Schloss Anfang Oktober 2001 wegen des Beginns umfangreicher Sanierungsarbeiten geschlossen werden. Dem ging eine Förderzusage zur Erneuerung der baulichen Hülle durch den brandenburgischen Bauminister Meyer voraus, die auf einem komplizierten Förderweg den Landkreis als Bauherrn erreichte. Diesen Weg zu ebnen, hat sich unser neuer Vorsitzender persönlich und mit Erfolg eingesetzt. Die notwendigen Eigenmittel in Höhe von ca. 130.000 Euro werden vom Landkreis aufgebracht. Inzwischen wurde damit begonnen, den vom Schwamm befallenen Dachstuhl zu sanieren, was nicht voraussehbare Eingriffe in die Decken des Obergeschosses notwendig machte. Die ständige Ausstellung „Walther Rathenau und Schloss Freienwalde“ ist vorher unter Heranziehung einer Kunstspedition verpackt und in ein sicheres Depot ausgelagert worden. Fenster und Außentüren werden, sofern sie aus Hartholz sind und aus der Erbauungszeit des Schlosses stammen, restauriert. Alle anderen müssen von einer Spezialfirma getreu den

originalen Vorbildern in Eiche nachgearbeitet werden. Die Arbeiten schreiten voran und werden bis weit in das Jahr 2002 hinein andauern. Die freundliche Fürsprache unseres Ehrenmitglieds Karl Gustaf Ratjen hat bewirkt, dass die Deutsche Stiftung Denkmalschutz 200.000 Euro für die bauliche Erneuerung des Gärtnerhauses zugesagt hat. Dieses zum Freienwalder Schlossensemble gehörende ehemalige Funktionsgebäude soll das Rathenau-Archiv und einige Arbeits- und Depoträume aufnehmen. Die Gesamtkosten sind auf 400.000 Euro geschätzt. Davon wollen das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Landkreis Märkisch-Oderland als Eigentümer je ein Viertel beisteuern. Die Förderanträge sind gestellt. Mit den Arbeiten soll in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 begonnen werden. Bereits im Jahre 1994 war mit Hilfe der Deutschen Stiftung Denkmalschutz das Dach des Gärtnerhauses erneuert worden.

Schließlich konnten noch im Dezember 2001 die Bekrönungen des schon 1995 gänzlich neu aufgemauerten Schlossgartenportals hergestellt und aufgesetzt werden. Damit hat das repräsentative Eingangsportal sein charakteristisches Erscheinungsbild zurückgewonnen, das ihm Walther Rathenau seinerzeit gegeben hatte. Die Kosten dafür (21.500 Euro) wurden aus Mitteln der brandenburgischen Ministerien für Städtebau, Wohnen und Verkehr bzw. für Finanzen, des Landkreises und durch private Spenden aufgebracht.

Auf der Gesellschafterversammlung am 24. Januar 2001 im Schloss Freienwalde wurde Dr.-Ing. E.h. Heinz Dürr als Nachfolger von Prof. Dr. Marcus Bierich in den Aufsichtsrat der Rathenau Stift gGmbH gewählt, dem außerdem Landrat Jürgen Reinking als Vorsitzender und Dr. Michael Fernholz angehören. Bei dieser Gelegenheit erklärte Landrat Reinking, dass aus der Sicht des Landkreises eine verstärkte Nutzung des Freienwalder Schlossensembles zur Pflege des Andenkens an Rathenau begrüßt werde. Er lege besonderen Wert darauf, dass durch die dauernde Benutzbarkeit des in Bad Freienwalde aufzubauenden Rathenau-Archivs das Schloss ein Zentrum der Rathenau-Forschung werden könne.

Eine zweite Gesellschafterversammlung fand am 10. Juli 2001 wiederum in Bad Freienwalde statt. Während der Aussprache waren sich die Gesellschafter darüber einig, dass die schon jetzt vorhandenen Archivalien und Sammlungsgüter zu Leben und Werk Walther Rathenau sowie die noch zu erwartenden Materialien in Bad Freienwalde eine würdige Unterbringung erfahren sollen und dauernd benutzbar sein müssen. Nur dann könne Schloss Freienwalde ein Zentrum der Rathenau-Forschung werden.

Dank einer Zuwendung der Walther Rathenau Gesellschaft, insbesondere durch die Initiative von Dr. Michael Fernholz, konnten die beiden PC-Arbeitsplätze des Stifts modernisiert werden. Dies ist umso erfreulicher, als es seit Mitte 2001 einen qualifizierten Internet-Auftritt der Rathenau-Gesellschaft gibt, dessen Daten und Inhalte laufend gepflegt werden müssen (<http://www.walther-rathenau.de>).

2001 begann im Schloss Freienwalde eine Vortragsreihe unter dem Thema „Mehrheiten – Minderheiten“, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wird. Den ersten Vortrag hielt am 1. Dezember 2001 Prof. Dr. Arnulf Baring zum Thema „Deutsche in Europa“. Mit Hilfe dieser Vorträge, die jeweils im Teehäuschen stattfinden, soll auch während der längere Zeit andauernden Bauarbeiten das öffentliche Interesse an der Arbeit der Stift gGmbH aufrecht erhalten werden.

Als neue Mitglieder der Walther-Rathenau-Gesellschaft begrüßen wir

Rainer Albrecht, Wolfen. Als Vorsitzender des Fördervereins für das Bitterfelder Kreismuseum untersucht er die Wirtschaftsgeschichte des Bitterfelder Raums und das Wirken Walther Rathenaus in der Region.

Dr. jur. **Helmut Becker**, Berlin. Vormalig im Vorstand der AEG tätig, beschäftigte er sich frühzeitig mit den Werken von Emil und Walther Rathenau.

George Dreyfus, Melbourne. Seine Rathenauoper, 1993 in Kassel uraufgeführt, ist vielen Mitgliedern in bester Erinnerung.

Klaus Escher, Berlin. Von 1994 bis 1998 war der Jurist Bundesvorsitzender der Jungen Union und leitet heute das Referat Politische Kommunikation der BASF in Berlin.

Prof. e.h. **Wolfgang Hempel**, Potsdam, stellvertretender Vorsitzender des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Potsdam und Mitbegründer der gemeinnützigen Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation, gGFFD, die die Erstellung unserer Homepage im Internet übernommen hat.

Jörg Hentzschel, M.A., Düsseldorf, als Nachfolger von Dr. Stefan Meineke Bearbeiter von Band IV (Schriften und Reden 1919 – 1922) der Walther-Rathenau-Gesamtausgabe.

OStD **Ulrich Herbst**, Berlin, Direktor der Walther-Rathenau-Oberschule (Gymnasium) in Berlin-Grunewald.

Philipp Kaste, Gossa, Oberstufenschüler am Bitterfelder Walther-Rathenau-Europagymnasium.

Dr. **Wolfgang Knellessen**, Stuttgart, ehemaliger Leiter der Öffentlichkeitsarbeit bei der Robert Bosch GmbH.

OStD **Werner Saier**, Freiburg. Als Leiter der Walther-Rathenau-Gewerbeschule organisiert er Ausstellungen zu Leben und Werk Walther Rathenaus.

Axel Schlumbom, M.A., Berlin, in einer Agentur für Öffentlichkeitsarbeit tätig und Mitarbeiter in der Redaktion der „Mitteilungen“.

Verstorbene Mitglieder

Am 8. April 2001 verstarb in Berlin Frau Dr. Dr. **Otilie Constance Selbach**. Als Tochter von Edwin Redslob, Vorstandsmitglied der alten Rathenau-Stiftung und Rathenau-Gesellschaft, war sie von Jugend an mit dem Thema Rathenau-Arbeit vertraut. Frau Selbach hat die Arbeit der Walther-Rathenau-Gesellschaft über viele Jahre mit Interesse und Anteilnahme begleitet. Die WRG verdankt ihr aus dem Redslobnachlaß die Geschäftsunterlagen der alten Rathenau-Organisationen. Außerdem unterstützte sie die Rathenau-Stiftung gGmbH in Bad Freienwalde besonders in der Gründungsphase.

Wir werden Frau Dr. Selbach stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Termine

- 24.-26. Mai „Leitbild Rathenau“
Jahrestagung 2002 der Walther Rathenau Gesellschaft und zugleich Rolf-Schroers-Symposium der Theodor-Heuß-Akademie Gummersbach.
15. Juni Martin Sabrow, „Heute noch ein Leitbild? Zum 80. Todestag Walther Rathenaus“ –
Vortrag im Rahmen der Reihe „Mehrheiten – Minderheiten“ auf Schloss Freienwalde.
24. Juni Martin Sabrow, „Zum 80. Todestag Walther Rathenaus“
Vortrag im Rahmen einer Gedenkveranstaltung des Bezirksamtes Wilmersdorf-Charlottenburg in der Walther-Rathenau-Oberschule in Berlin Grunewald.
24. Juni Martin Sabrow, „Ein Opfer seiner Nachwelt? Der Politiker Walther Rathenau im öffentlichen Gedächtnis des 20. Jahrhunderts“
Vortrag auf einer Gedenkveranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung Berlin zum 80. Todestag Walther Rathenaus in der Europäischen Akademie Berlin Grunewald.

Neue Veröffentlichungen

Walther Rathenau – Die schönste Stadt der Welt, Nachdruck der Ausgabe von 1899; Philo Verlagsgesellschaft; erscheint in Kürze.